Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1442

Deutsche Delegation bei der
Beratenden Versammlung des Europarates

Bericht

über die Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 23. bis 27. Januar 1967

Die Januarsitzung der Beratenden Versammlung des Europarates erhielt ihre besondere Bedeutung durch die mit Interesse erwarteten und mit großem Beifall aufgenommenen Reden des deutschen Außenministers Willy Brandt und des britischen Premierministers Wilson. Sie bildeten den Auftakt zu einer eingehenden politischen Debatte im Anschluß an den Bericht des dänischen liberalen Abgeordneten Federspiel, in dem vor allem das Deutschlandproblem und die Frage des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt behandelt wurde. Premierminister Wilson erklärte sich ganz klar für einen Beitritt Englands zur EWG und für eine fortschreitende wirtschaftliche und politische Einigung Europas. Nur ein wirtschaftlich starkes und politisch einiges Europa könne mit seinen atlantischen Partnern gleichberechtigt verhandeln.

Bundesaußenminister Brandt hob den Willen der Bundesregierung zu Frieden und Verständigung mit allen Völkern hervor; dieser Wille schließe auch die Bereitschaft zur wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen, kulturellen und, wo es möglich sei, auch politischen Zusammenarbeit ein; die Politik der Entspannung solle nicht mit Vorbedingungen belastet werden, sondern vielmehr die Grundlagen für eine dauerhafte europäische Friedensordnung schaffen; wenn man es der Bundesregierung auch nicht leicht mache, werde sie doch weiterhin versuchen, mit Moskau ins Gespräch zu kommen, das zwar gegenwärtig noch nicht über die Einheit Deutschlands, aber vielleicht über den Frieden in Europa mit uns sprechen wolle; die Bundesrepublik habe ihren östlichen Nachbarn Gewaltverzichtserklärungen vorgeschlagen, sie habe den Verzicht auf die Produktion nuklearer Waffen ausgesprochen und sie habe keine anderen Ansprüche gestellt als die anderen nichtnuklearen Staaten; sie werde auch versuchen, den politischen Rahmen innerdeutscher Kontakte voll auszunützen, wenn Ostberlin auch allen Bemühungen um eine Entspannung ausweiche. Die deutsche Einheit bleibe selbstverständlich das Ziel, das im Einvernehmen mit den Verbündeten und Nachbarn erreicht werden müsse. Bundesminister Brandt warnte ferner vor einer Überschätzung extremer Gruppen in der Bundesrepublik und vor pauschalen Urteilen, die nicht nur falsch, sondern politisch unklug seien.

In seinem Bericht begrüßte Abg. Federspiel die Bereitschaft der neuen Bundesregierung, ihre Beziehungen zu Osteuropa und vielleicht auch zu Ostdeutschland zu verbessern und die Realitäten richtig einzuschätzen. Die Zukunft Deutschlands hänge von der Herstellung eines gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und seinen Partnern und Nachbarn ab; mit zunehmender Entspannung werde auch das deutsche Problem weniger brennend und die Gefahr geringer, daß sich die deutsche Außenpolitik isolieren könne.

Zu dem Bericht nahmen eine Reihe deutscher Abgeordneter Stellung. Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) ging davon aus, daß sowohl die britische wie die deutsche Regierung einen Anlauf genommen haben, alte Ziele mit neuen Methoden zu erreichen; Großbritannien wolle sein Verhältnis zu Kontinentaleuropa und vor allem zur EWG revidieren und die Bundesrepublik bereite sich auf eine Entspannungspolitik gegenüber dem Osten vor; an dieser Entspannung hätten zwar auch die Nationen Ost- und Südosteuropas Interesse, die ihren nationalen Spielraum erweitern möchten, nicht aber Ostdeutschland, das vielmehr einen deutlichen Expansionswillen zeige und vom Weiterbestehen der Spannungen zu profitieren glaube. Die deutsche Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes gehe dahin, daß jedes Votum der 17 Millionen Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges akzeptiert würde, das unter demokratischen Bedingungen zustande gekommen sei. Die technischen Kontakte des Europarates mit osteuropäischen Völkern, von denen sich manche so viel versprächen, sollten erst dann aufgenommen werden, wenn man genau wisse, was man im

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Europarat wolle, sonst könnte es zu neuen Spannungen und Mißverständnissen kommen.

Auch Abg. Dr. Kliesing (CDU/CSU) forderte, daß sich der Europarat zunächst grundsätzlich einig werden müsse, ehe fruchtbare technische Kontakte mit dem Osten ins Auge gefaßt werden könnten; andernfalls komme es entweder zu einer Klimaverschlechterung zwischen den Gesprächspartnern oder zu einer Auflösung der Solidarität im Europarat. Er wandte sich gegen den Vorwurf des „Immobilismus" oder „juristischen Formalismus" in der bisherigen deutschen Außenpolitik; die Entspannungs- und Opferbereitschaft habe dort ihre Grenze, wo die Prinzipien der eigenen rechtsstaatlichen Existenz in Frage gestellt würden. Die vorerst noch nicht beunruhigenden, aber unerfreulichen Ansätze zu einem neuen Nationalismus in der Bundesrepublik würden in dem Augenblick gefährlich werden können, in dem man der Bundesrepublik nahelegen sollte, sich mit der Teilung abzufinden. Ulbrichts Ziel sei eine Ausdehnung seines kommunistischen Regimes auf Gesamtdeutschland; außerdem versuche er, die Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu stören. Hier sei die Bundesrepublik auf die Unterstützung ihrer westlichen Freunde angewiesen, die die Bereitschaft zur Entspannung anerkennen und durch ein solidarisches Verhalten unterstützen sollten.

Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) machte auf den engen Zusammenhang zwischen der deutschen und der europäischen Frage aufmerksam und stimmte darin dem Berichterstatter zu, daß die deutsche Frage nicht von den Deutschen allein gelöst werden könne; ihre Partner dürften auch nicht veranlaßt werden, sie auszuklammern, weil die von allen gewünschte Entspannung auf anderen Gebieten leichter zu erreichen sei. Der kalte Krieg sei eine logische Folge der Erpressungspolitik des Ostblocks gewesen, und wenn niemand mehr ein Interesse daran habe, den kalten Krieg fortzusetzen, und wenn die demokratischen Kräfte zu einem Umdenken bereit seien, so bedeute das keineswegs eine Kapitulation vor angeblichen Realitäten; die neue Bundesregierung werde vielleicht Unpopuläres und Schwieriges zu verantworten haben, aber niemals könne sie die Prinzipien der Würde und Selbstachtung außer acht lassen. Zweifellos gebe es starke antikommunistische Ressentiments im deutschen Volk, deren Ursachen leicht nachzuweisen seien; trotzdem sei der politische Entspannungswille nicht nur bei der Regierung, sondern auch beim Volk vorhanden. Die Alleinvertretung betrachte er nicht nur als einen Anspruch, sondern als eine Pflicht, solange den 17 Millionen Deutschen auf der anderen Seite jeder Ausdruck freien Willens verwehrt sei. Die kommunistischen Regierungen benützten verständliche antideutsche Ressentiments bei ihren Völkern dazu, die Bundesrepublik als kriegs- und revanchelüstern zu verketzern; hier hätten unsere westlichen Freunde die Pflicht und die Möglichkeit, diese Völker von den wahren Absichten der Bundesrepublik zu überzeugen. Das gelte nicht zuletzt auch Polen gegenüber.

Abg. Dr. Kopf (CDU/CSU) sagte, daß die Entspannung zwar allseits gewünscht werde, daß aber die Vorstellungen darüber, auf welchem Wege sie erreicht werden könne, sehr verschieden seien; nach Auffassung der Bundesrepublik müsse sie die Regelung der Deutschlandfrage einschließen, wenn sie auch ihre Mitwirkung bei Entspannungsmaßnahmen nicht davon abhängig mache, daß bereits Fortschritte in der Lösung dieser Frage erzielt seien; sie wünsche vielmehr eine Synchronisierung beider Komplexe. Die deutschen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zum Osten seien keineswegs so jungen Datums, nur sei die Antwort darauf bisher meist negativ gewesen; diese Bemühungen sollten gemeinsam mit den Partnern der Bundesrepublik fortgesetzt werden und deshalb lege sie besonderen Wert darauf, die bestehenden Bündnisse, namentlich die NATO beizubehalten. Es sei eine Illusion, schon in naher Zukunft mit einem föderativen Gesamteuropa zu rechnen, aber eine gewisse Kooperation über die bloße Entspannung hinaus sei denkbar. Solange die Mauer in Berlin und der Stacheldraht entlang der Zonengrenze bestünden, sei eine politische Verständigung mit dem Regime in Pankow nicht möglich. Den Vorwurf des Immobilismus und des Formalismus der deutschen Außenpolitik könne er nicht gelten lassen, denn das Recht auf Selbstbestimmung sei ja ein Prinzip von globaler und totaler Bedeutung, von dem weder das deutsche Volk noch irgendein anderes Land, das die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet habe, abweichen könne.

Abg. Dr. Rutschke (FDP) machte auf die Bestimmungen der Verfassung, die die Alleinvertretung der Bundesrepublik für ganz Deutschland forderten, und auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die die endgültige Grenzregelung dem Friedensvertrag vorbehalten hätten, aufmerksam; gerade weil der Bruch von Verträgen in der Hitlerzeit und seine Folgen so schmerzlich empfunden würden, sei die Reaktion der Bundesrepublik auf diesem Gebiet besonders empfindlich. Mit allem guten Willen und noch so geschickter Diplomatie ließen sich keine Ergebnisse erzielen, wenn die andere Seite gar keine Änderung der bestehenden Situation wolle. Abg. Dr. Rutschke forderte alle Beteiligten zu Opfern auf, um auch die Frage des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt einer schnellen und guten Lösung zuzuführen.

Abg. Frau Dr. Maxsein (CDU/CSU) bedauerte es, daß in dem politischen Bericht nicht ein einziges Mal die Situation Berlins erwähnt werde, aber die deutsche Frage könne ohne die Berlinfrage nicht verstanden und nicht gelöst werden; solange die Mauer in Berlin stehe, könne es keine echte Entspannung geben und solange das Ulbricht-Regime bestehe, sei ein Verhandeln fast unmöglich; die kommunistisch verstandene Humanität diene nur der Propaganda. Das Tempo und der Erfolg der Entspannungspolitik würden von Moskau bestimmt und bisher seien sie noch keinen Schritt zurückgewichen. Die besondere Lage Deutschlands und Berlins erforderten auch besondere Methoden der Entspannungspolitik.

Abg. Lenze (Attendorn) (CDU/CSU) ging davon aus, daß im atomaren Zeitalter politische Probleme nicht mehr mit Gewalt gelöst werden dürften; es sei

allerdings zu befürchten, daß der Osten den Friedenswillen der westlichen Welt für seine Politik ausnütze, und daß er unter Entspannung etwas anderes verstehe als der Westen. Er müsse davor warnen, von den Wandlungen im Ostblock allzuviel zu erwarten, Moskau werde zur rechten Zeit die Selbständigkeitstendenzen der kleineren Länder zu bremsen wissen. Die Einheit der europäischen und atlantischen Welt sei auch im Zeitalter der Entspannungspolitik die Garantie dafür, daß die Probleme nicht auf Kosten der Bundesrepublik gelöst würden. Er begüße besonders die Bereitschaft des französischen Staatspräsidenten, sich im Osten für die deutsche Wiedervereinigung einzusetzen, aber ohne die Mitwirkung der USA könne er an keine endgültige Regelung glauben.

Im Verlaufe der politischen Debatte sprach auch der Staatssekretär im französischen Außenministerium, de Broglie, und versicherte, daß Frankreich der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik große Bedeutung beimesse; die Teilung Deutschlands hänge eng zusammen mit der Teilung Europas, die französische Regierung begrüße daher mit viel Sympathie sowohl den Beitrag, den die neue Bundesregierung zur Entspannung zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas leisten wolle, wie auch die Kontakte, die sie auf Teilgebieten mit dem ostdeutschen Regime, das Frankreich nicht anerkenne, aufnehmen wolle.

Zum Abschluß der politischen Debatte wurden eine Entschließung und eine Empfehlung einstimmig angenommen. Die Entschließung begrüßt die Bemühungen Großbritanniens um einen Beitritt zur EWG sowie die Bereitschaft der Bundesregierung zum Ausbau der Beziehungen mit den Ländern Osteuropas und zu gesamtdeutschen Kontakten, sie fordert ferner, Bedingungen zu schaffen, unter denen das Selbstbestimungsrecht der ganzen deutschen Nation zuerkannt werde. Der Europarat wird aufgerufen, mehr als bisher dafür einzutreten, daß diese Ziele erreicht werden, da Europa eine besondere Verantwortung bei der Herstellung und Ausnützung eines allgemeinen Klimas der Entspannung habe. In der Empfehlung wird das Ministerkomitee ersucht, im Rahmen des Europarats technische Konferenzen zu veranstalten, an denen auch Nichtmitgliedsstaaten teilnehmen können und die eine praktische und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen allen interessierten Ländern ermöglichen; ferner soll sich der Europarat um eine umfassendere Information über seine Tätigkeit bemühen.

In der Debatte über Rechtsfragen legte Abg. Bauer (Würzburg) (SPD) einen Bericht über die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen vor; er ging davon aus, daß in sehr vielen Europaratsstaaten eine gesetzliche Fixierung bereits erfolgt sei und daß es weder möglich noch nötig sei, eine für alle Staaten verbindliche einheitliche Regelung zu treffen, daß aber eine maßvolle Harmonisierung angestrebt werden könne und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung grundsätzlich in allen Staaten anerkannt werden solle; der innerstaatlichen Gesetzgebung müsse es dann überlassen bleiben, das Verfahren und die Art des Ersatzdienstes nach eigenem Ermessen zu regeln. In Ländern, in denen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen bereits bestehe, seien saubere Abgrenzungen durchaus möglich gewesen, das Prinzip der Gewissensfreiheit sei ja ein elementares Recht jeder modernen Demokratie.

Zu dem Problem der Privilegien und Immunitäten internationaler Organisation legte Abg. Dr. von Merkatz (CDU/CSU) im Namen des Rechtsausschusses einen Bericht vor. Die Privilegien und Immunitäten, die internationalen Organisationen gewährt werden, hätten den Zweck, deren Unabhängigkeit zu gewährleisten, und die Beschränkung der Hoheitsgewalt einzelner Staaten diene dem gemeinsamen Interesse. Bei der großen Zahl der internationalen Organisationen und der Verschiedenheit ihrer Aufgaben müsse versucht werden, die rechtliche Entwicklung, die noch völlig im Fluß sei, zu einem für alle Beteiligten zufriedenstellenden Ende zu bringen.

Zur Frage der Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau, die in der Rechtsdebatte außerdem zur Diskussion stand, nahmen von deutscher Seite die Abgeordneten Dr. Wahl (CDU/CSU) und Dr. Rutschke (FDP) Stellung. Abg. Dr. Wahl vertrat die Auffassung, daß es mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau kaum vereinbar sei, daß die Frau bei der Eheschließung die Staatsangehörigkeit des Mannes annehmen müsse; andererseits werfe eine doppelte Staatsangehörigkeit der Frau neue Probleme auf — namentlich im Falle der Scheidung — für die sich bis jetzt noch keine befriedigende Lösung hätte finden lassen. Er schlug vor, der Europarat solle eine neues Personalstatut für Ehe und Familienrecht vorbereiten.

Abg. Dr. Rutschke meinte, das gegenwärtige Staatsangehörigkeitsrecht gehöre zu den reaktionärsten Rechten, und es müsse eine vordringliche Aufgabe des Europarates sein, eine Regelung zu finden, die für das gesamte Europa rechtlich durchführbar sei und die Interessen des Individuums berücksichtige; nicht dem Staat, sondern dem Individuum müsse die Entscheidung überlassen werden, welche Nationalität der einzelne anzunehmen habe.

In der Landwirtschaftsdebatte machte Abg. Dr. Freiherr von Vittinghoff-Schell (CDU/CSU) als Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses auf die schwierige Ernährungslage in der Welt aufmerksam, der zwar zunächst mit Getreidelieferungen in die Notstandsgebiete begegnet werden könne und müsse, die auf die Dauer aber nur dadurch behoben werden könne, daß die Entwicklungsländer in den Stand gesetzt werden, für ihre Ernährung selbst zu sorgen, und hier könnten gerade der Europarat und die nationalen Parlamente sich dafür einsetzen, daß junge Menschen, denen die nötige Ausbildung zuteil geworden sei, für einen Dienst als Entwicklungshelfer gewonnen würden.

Im Anschluß an die Ausführungen des italienischen Unterrichtsministers Rubinacci und des Vorsitzenden des ESRO-Rates Dr. Hocker über Fragen der europäischen Wissenschaftspolitik gab Abg. Berkhan (SPD) seiner Sorge über die ungenügende Zusammenarbeit Europas auf dem Gebiet der Wissenschaft

und Technologie Ausdruck; zweifellos sei es zunächst nötig, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, dann aber müsse dafür gesorgt werden, daß die Zusammenarbeit mit den USA endlich intensiviert wird. Abg. Frau Dr. Maxsein machte in diesem Zusammenhang auf die oft mangelnde Koordination aufmerksam, was schon darin zum Ausdruck komme, daß sowohl bei der Versammlung der WEU wie bei der Beratenden Versammlung des Europarates ein Ausschuß für Wissenschaft und Weltraumforschung geschaffen wurde; die Gefahr der Doppelarbeit liege hier natürlich sehr nahe.

Die deutsche Delegation wählte als Nachfolger von Abg. Paul (SPD), dem der Dank der Delegation für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen wurde, Abg. Dr. Schulz (Berlin) zu ihrem stellvertretenden Sprecher.

Der Sprecher der deutschen Delegation:

Dr. Serres

Der stellvertretende Sprecher:

Dr. Schulz (Berlin)